

Kaufpreis von 25 410 Reichsmark unstreitig in seine freie Verfügung bekommen hatte, und dieser 10:1 abgewertet an Scherer zurückgezahlt werden müsse, schienen als Ersatzleistung 34 400 Mark angemessen.

Nun hatte der Gutachter Roth, der den Schätzpreis des Scherer-Grundstückes auf 37 000 Mark berechnete, den Besitz in seinem Leben erstmals 1951 gesehen. 1935 war dort, wo jetzt prunkvolle Villen der Geiselnahme Filmgrößen stehen, „Wüste und Sand“ (Scherer). Moritz Kowalski hatte zu jener Zeit das Gelände für eine Hühnerfarm benützt. Außerdem: In einem anderen Verfahren waren die an das Scherer-Grundstück angrenzenden Ländereien niedriger bewertet worden, obwohl auch diese mit den Jahren an Wert erheblich zugenommen hatten.

Kaufmann Scherer legte deshalb Beschwerde beim Wiedergutmachungsamt des Oberlandesgerichts in München ein. So kam der Fall vor die dritte Instanz.

Senatspräsident Schmidt rief die Wiedergutmachungs-Kammer unter dem 7. Januar 1952 zurück: „Rechtsirrig ist die Meinung der Kammer, daß es für die Anwendung des Artikels 4 (Möglichkeit der Vertragsanfechtung) nicht auf den Zeitpunkt des obligatorischen Kaufvertrages, sondern auf den Zeitpunkt der Auflassung ankommt ... Im übrigen hat der Senat wiederholt ausgesprochen (das Oberlandesgericht in Celle ebenfalls), daß ein Anfechtungsrecht nach Artikel 4 nicht besteht, wenn schon vor dem 15. September 1935 völlige Einigung über die Verkaufsbedingungen bestanden hat. Ein Anfechtungsrecht nach Artikel 4 besteht hiernach im vorliegenden Falle nicht.“

Entscheid: Der Beschluß der Kammer wird aufgehoben und „die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Kammer zurückverwiesen“.

Nun bietet aber das Rückerstattungs-Gesetz dem Rückerstattungs-Berechtigten, in diesem Falle Moritz Kowalski, die Möglichkeit, derartigen deutschen Entscheidungen auszuweichen und vor dem Court of Restitution Appeals of the United States Courts of the Allied High Commission for Germany, den Cora, zu gehen. So kam die Sache Kowalski/Scherer vor diese letzte Instanz, die in Nürnberg sitzt. Die Verhandlung fand in dem gleichen Saal statt, in dem 1945/46 die Kriegsverbrecherprozesse abrollten.

Der United States Court of Restitution Appeals entschied den Fall 679 Kowalski/Scherer: „Die Begründung des Oberlandesgerichts ist irrig. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts wird aufgehoben. Die Entscheidung der Kammer wird bestätigt. Es war zu erkennen, wie geschehen.“

Was dem Kaufmann Scherer wiederum irrig vorkam, war die Begründung: „Es ist erwiesen, daß der bezahlte Preis weit unter dem tatsächlichen Wert lag, nicht angemessen war und der Pflichtige somit die Entziehungsvermutung nicht widerlegt hat und auch nicht widerlegen konnte.“

Scherer: „Ich hatte vor allen Instanzen angeboten, Zeugen zu hören, die den Beweis für den damals angemessenen Kaufpreis erbringen konnten. Aber alle Instanzen, auch der Cora, hielten es nicht für nötig, auf mein Verlangen einzugehen.“

Nun rechnet Kaufmann Scherer auf: „Kowalski bekam für das im Jahre 1921 um 700 Goldmark erworbene Grundstück vom Ersterwerber Dr. Kreling 25 410 Reichsmark, die gemäß dem Lebenshaltungsindex vom Juli 1953 einem DM-Wert von 42 943 entsprechen. Zusätzlich erhielt er durch die Cora-Entscheidung von mir 34 400 Deutsche Mark, also insgesamt 77 343 Mark.“

Fragt Scherer: „Wie sieht es bei diesen Zahlen mit dem Begriff der ungerechtfertigten Bereicherung aus?“

INTERNATIONALES

VIERER-KONFERENZ

Der Schlüssel liegt in Fern-Ost

In drei Verhandlungswochen mit achtzehn Konferenztagen haben die Außenminister und ihre Expertenschwärme sich so der Welt gezeigt, wie es am kürzesten ein Gag des Westberliner Konferenz-Kabarettis „Macht bloß kein Theater“ trifft: Vorne Bajazzo und hinten Waffenschmied.

Nur drei Geheimsitzungen — und bislang keine über Deutschland — bis zum Ende der letzten Woche hinderten die Minister daran, aneinander vorbeizureden.

Molotow, der lebhaft daran interessiert ist, die schwache französische Position in



Hürdenlauf zur Souveränität Österreichs Außenminister Figl

Indochina auszumünzen, wartete eine ganze Konferenzwoche auf die Entwicklung des neuen Vietmin-Angriffs gegen Luang Prabang, bevor er in den Geheimsitzungen über das Thema „Ostasien und Weltsicherheitsfragen“ einen „Hauch des Fortschritts“ ausströmen ließ.

Das war zu einer Zeit, als im Umkreis der Minister offen davon gesprochen wurde, daß die anfänglich gehegten Konferenz-Hoffnungen am Mittwoch, dem 17. Februar, in einem verworrenen Schlußkommuniqué zu den Akten des verlorenen Friedens der Alliierten von 1945 gelegt werden würden. Während Dulles gleichzeitig nur davon redete, daß er bis zum 1. März zu Hause sein müsse.

„Haben die Deutschen erwartet, daß die USA die Wiedervereinigung in China bezahlen werden?“, war die Gegenfrage eines amerikanischen Delegierten, als man von ihm wissen wollte, warum Dulles sich vom ersten Konferenztag an verbissen dagegen gewehrt hat. Molotow mit einem Prestigeerfolg für Peking Konzessionen in Europa zu entlocken,

Die mit politischer Moral gesättigte Quarantäne über Peking war die eine Stütze der westlichen Starrheit in Berlin. Die andere war das Festklammern am Eden-Plan. Die Westmächte hielten am Prinzip fest, während die Sowjets die Türchen, die ihnen geöffnet worden waren, gar nicht zur Kenntnis nahmen.

Der Osten war nicht bereit, Argumente des Westens zum Punkt „Freie Wahlen“ anzuhören. Andererseits hat der Westen keine Anstalten gemacht, in der Sache auf die Forderung der Russen nach Sicherheit in Europa einzugehen. Lediglich Frankreichs Außenminister Bidault hat ausdrücklich gefragt, ob Molotow einen Sicherheitsplan kennenlernen möchte, den er, Bidault, in Bereitschaft halte. Molotow hat sich noch nicht geäußert.

Mit seinem europäischen Sicherheitsplan hatte der sowjetische Außenminister einen auf ernsthaft frisierten Vorschlag gemacht, an Stelle der EVG alle europäischen Staaten einschließlich der Sowjet-Union unter einen kollektiven Sicherheitsschutz zu bringen. Molotows Plan wurde von den Angelsachsen in Bausch und Bogen abgelehnt, während die Bonner Verbindungsdelegation im „Hotel am Zoo“ in einer sehr vorsichtigen Stellungnahme andeutete, daß der Plan möglicherweise Ansätze enthalte, die eine Prüfung verdienten. Man müsse um Erläuterungen nachsuchen.

In der gegenwärtigen Form, darüber ist sich der Westen einig, ist der Molotow-Plan nicht diskutabel. Deutschland beispielsweise hätte zwar mit der Sowjet-Union einen Pakt, jedoch nicht mit Amerika. Bundesrepublik und DDR sollen beide in den Pakt, wodurch die Spaltung am ehesten verwirgt werden könnte. Nichts mehr von freien Wahlen. Statt dessen meinte Molotow, über die Wiedervereinigung könne man sich in einem Jahr wieder einmal unterhalten, wenn man bis dahin mit China ein Stück weitergekommen sei.

Die Westmächte ihrerseits wurden in der Sicherheitsfrage aus den eigenen Reihen desavouiert. Nachdem sie dem sowjetischen Außenminister wieder und wieder versichert hatten, die gesamtdeutsche Regierung habe nach dem Text der Verträge Entscheidungsfreiheit für oder gegen die EVG, behauptete der frühere französische Außenminister Schuman, der die Verträge ausgehandelt und unterschrieben hat, Gesamtdeutschland trete auf Grund der Verpflichtung der Bundesrepublik automatisch in die EVG ein. So geht es, wenn der Geist eines Vertrages nicht mit dem Wortlaut übereinstimmt.

Welche schwere Hypothek dem EVG-Projekt in französischer Sicht durch die Berliner Verhandlungen aufgebürdet worden ist, erkennt man aus dieser Kontroverse Schuman-Bidault. In der Tat heißt es, den Franzosen zuviel zumuten, wenn einem (vielleicht in fünf Jahren) wiedervereinigten Deutschland die Möglichkeit eröffnet wird, aus dem Integrationsbündnis auszusteigen, die Franzosen aber mit Italienern und Belgiern für fünfzig Jahre darin sitzenbleiben müßten.

Außerdem würde die endgültige Ratifizierung der EVG Frankreich jede Aussicht versperren, ein Ende des Krieges in Indochina zu erreichen. Dies um so mehr, als Amerika sich hartnäckig dagegen wehrt, mit eigenen Truppen in den Indochina-Krieg einzugreifen. So liegt der Schlüssel zur europäischen Entspannung in Ostasien.

Das sowjetische Konferenz-Hindernis — Neutralisierung der Mitte Europas — hat Molotow auch der österreichischen Souveränität in den Weg gestellt. Noch vor Erscheinen des österreichischen Außenministers Figl vor seinen Staatsvertrags-Richtern in Berlin gaben die Sowjets das westliche Argument retour, die Besatzungs-

truppen könnten aus einem noch nicht durch Friedensvertrag gesicherten Deutschland nicht abgezogen werden. Die Sowjets, so argumentierte man, ständen dann Gefahr bei Fuß in Polen, die Amerikaner aber jenseits des großen Atlantik.

Solange nun noch amerikanische Truppen in Bayern stünden, gab Molotow pfiffig zurück, könne die Sowjet-Armee Österreich nicht verlassen. (Neunzig Tage nach Inkrafttreten des Staatsvertrages sollen alle Besatzungstruppen aus Österreich abgerückt sein.)

Die Sowjet-Armee müßte dann vertragsgemäß auch Ungarn und Rumänien räumen, während die Amerikaner mit einem Brückenschlag über den Inn jederzeit wieder nach Österreich hinein könnten. Die amerikanischen Truppen müßten also — nach Molotow — erst einmal aus Deutschland heraus, bevor die Sowjets Österreich räumen könnten.

Anthony Eden sprach als erster Delegationsführer im Sitzungszimmer von der Notwendigkeit, das Scheitern der Konferenz im Punkt Deutschland definitiv festzustellen. Daß er angesichts der bitteren Folgen für die deutsche Einheit solche Gedanken mit merklicher Ruhe aussprechen konnte, lag auch an der Nibelungen-Treue der Bundesregierung, deren Konferenz-Kommentare den Sprechern der Westalliierten liniengerade folgten. Dabei war die einstimmige Forderung des Deutschen Bundestages nach Handlungsfreiheit für die frei gewählte gesamtdeutsche Regierung auch im Eden-Plan nicht gewährleistet worden.

Die Westmächte hatten während des Konferenzverlaufs sorgfältig die Reaktion der deutschen öffentlichen Meinung auf ihre planmäßige Absatzbewegung aus der Deutschland-Frage beobachtet. Die Amerikaner veranstalteten beim westdeutschen Publikum ständig geheime Meinungstests über die Vorrangstellung: „Wiedervereinigung oder Wiederbewaffnung“.

Die parallel veranstaltete Pressebeobachtung ergab: Die Mehrzahl der westdeutschen Blätter verlangte nicht, daß der Westen den Sowjets ein echtes Kompromißangebot unterbreiten solle.

Dabei konnte der Westen mit Grund darauf verweisen, daß Molotow die bis dahin offerierten Kleinkompromisse des Westens noch nicht ein einziges Mal honoriert habe. Sie bezogen sich auf:

- Zeitpunkt,
- Ort,
- Tagungslokal der Konferenz,
- Reihenfolge der Tagesordnung,
- Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung für oder gegen EVG,
- Kontrolle der freien Wahlen durch Bonn, Pankow und Neutrale, nicht durch die Besatzungsmächte,
- Wahlgesetz nach dem Muster Weimars und
- Verlängerung des britisch-sowjetischen Paktes.

Molotow erwähnte die Fühler überhaupt nicht in seinen Reden, deren beleidigend wirkende Monotonie den Westalliierten am Ende der dritten Woche fast schon körperliche Übelkeit bereitete. Die gespannte Erwartung der ersten Tage im Bannkreis der Konferenz war schon vorher einer abgespannten Routine gewichen. Wie bei einem schlechten Theaterstück.

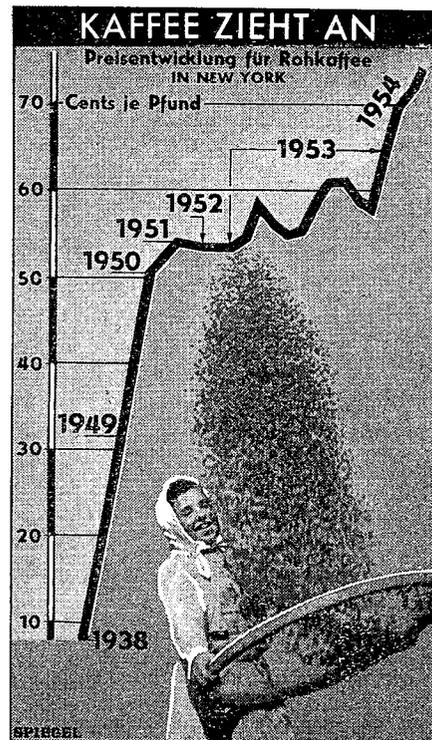
KAFFEEPREIS

Abwarten und Tee trinken

Auf dem Marktplatz von Curitiba standen die Autobusse bereit, um die Kaffee-Experten aus dreißig Nationen in die vom Frost verheerten Kaffee-Plantagen der Umgebung zu fahren. Mit Absicht hatte der Präsident des Brasilianischen Kaffeeamtes, Pacheco e Chaves, den diesjährigen Welt-Kaffee-Kongreß in die weißgetünchte Hauptstadt des südlichen Grenzbezirkes Parana gelegt, dessen Mißernte den Kaffeetrinkern in aller Welt seit Wochen als Erklärung für die Preishaussage am Kaffeemarkt serviert wird.

Kaffeepräsident Chaves und seine Mitarbeiter aus Rio versuchten auf dem Weltkongreß im vergangenen Monat die internationalen Kaffee-Delegierten davon zu überzeugen, daß alle Vorwürfe erlogen seien, nach denen Brasilien die Kaffeepreise künstlich hochtreibe. Genau 483 191 208 Kaffeebäume habe der Frost im Bezirk Parana getroffen, und auch der gefräßige Kaffeekäfer „Broca“ habe Brasiliens Pflanzungen entsetzlich heimgesucht.

In New York verteidigte sich Senhor Horacio Leite, der Vertreter des Brasilianischen Kaffeeamtes in den USA, mit der gleichen Heftigkeit. Er warnte die Haus-



frauen Amerikas: „Preissenkungen sind vor dem nächsten Jahr überhaupt nicht zu erwarten.“

Unter diesem Schlachtruf spekuliert der brasilianische Kaffee-Export weiterhin auf eine Hausse. Schon im vergangenen Herbst zeigte sich, daß Regierung, Pflanzler und Bankiers des südamerikanischen Kaffeestaates sich einig waren. Die Pflanzler hielten mit ihren Verkäufen zurück. Die Regierung erhöhte die Bevorschussung des auf den Plantagen liegenden Kaffees von 1200 auf 1500 Cruzeiros. Kaffee-Kommissionäre und Privatbankiers versicherten ihre Bereitschaft zu Kreditvergäben und Finanzierungshilfen, damit niemand aus Geldmangel zu vorzeitigen Verkäufen gezwungen würde.

Durch staatliche Kaffeeaufkäufe und vorsichtige Angebotslenkung, durch das Gesetz des Kaffeeamtes „Für jeden angepflanzten Baum muß ein alter vernichtet werden“ und nicht zuletzt durch den nach Ende des zweiten Weltkrieges rapid anwachsenden internationalen Konsum hat der Kaffee einen Nachkriegs-Boom erlebt, der selbst die Preissteigerungen für den Atomrohstoff Uran überfügelte: Der Vorkriegspreis von 135 Cruzeiros pro Sack ist um mehr als tausend Prozent gestiegen.

Der Kaffeeamtsleiter Pacheco e Chaves hat nun auf dem Höhepunkt der Diskussion um die heutige Kaffeekrise amerikanische Senatoren, Hausfrauen-Führerinnen und Gewerkschaftler aufgefordert, auf Kosten seiner Regierung nach Brasilien zu kommen und die Läger und Pflanzungen zu inspizieren: Es sei wirklich nur der Frost für die Verteuerung verantwortlich.

Brasiliens Kaffeeamt behauptet, der Verlust im Parana-Gebiet betrage für das gegenwärtige Kaffeewirtschaftsjahr zwei Millionen Sack, so daß statt rund 15 Millionen Sack aus Brasilien nur 13 Millionen Sack für die Ausfuhr verfügbar seien.

Insgesamt registriert die internationale Statistik den heutigen jährlichen

- Weltverbrauch auf 33,5 Millionen Sack und die im vergangenen Jahr eingebrachte
- Welternie auf 32 Millionen Sack.

Mit eineinhalb Millionen Sack Kaffee-



Franco Tireur, Paris